

Newsletter – Ausgabe Nr. 6

Gemeinsame Resolutionen des Ruhrparlaments gegen den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und zur Stärkung der Kommunalfinzen

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

auf der Verbandsversammlung am letzten Freitag hat unsere Fraktion gemeinsam mit SPD, CDU, Grünen und FDP die Resolution „Ruhrparlament verurteilt Angriffskrieg auf die Ukraine – die Metropole Ruhr unterstützt Geflüchtete aus der Ukraine“ verabschiedet. Der Krieg wird darin als eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, der mit nichts zu rechtfertigen ist, gebrandmarkt. An die Adresse der Bundes- und Landesregierung wird gleichzeitig die Forderung erhoben, die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Kriegsflüchtlinge finanziell und logistisch zu unterstützen. Die AfD, die natürlich nicht nach Unterstützung gefragt worden war, hat sich enthalten.

Die Resolution begrüßt auch Initiativen der RVR-Verwaltung wie die Bereitstellung mehrerer hundert Feldbetten und Schlafsäcke für die RVR-Partnerregion im Süden Polens, den Metropolverbund Górnóśląsko-Zagłębiowska Metropolia. Außerdem soll geprüft werden, ob oder welche Flächen und Gebäude des Verbandes und seiner Tochtergesellschaften geeignet sind, um geflüchtete Menschen menschenwürdig unterzubringen.

Eine zweite Resolution des Ruhrparlaments fordert erneut die Stärkung der Kommunalfinzen und eine Lösung für die Altschuldenfrage. Diese Resolution wurde von der Fraktion DIE LINKE initiiert und gemeinsam mit SPD, CDU und Grünen eingebracht. Die FDP stimmte auch zu.

Die Resolution verweist auf die weiterhin bestehende Schieflage der städtischen Haushalte im Ruhrgebiet trotz der erhöhten Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft verwiesen. Der Kommunalfinzenbericht der Metropole Ruhr 2021 hatte nämlich deutlich gemacht, dass die Tilgung von Altschulden in Höhe von 773 Millionen Euro durch die Städte im RVR-Gebiet nur möglich war, weil die Kommunen auf Rückstellungen für Investitionen und Pensionen zurückgegriffen haben. Da die betroffenen Kommunen ihre Altschulden nicht allein abbauen können, muss die Landesregierung endlich eine auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugeschnittene und mit ihnen abgestimmte Lösung zur Regelung der Altschuldenfrage auf den Weg bringen. Das darf nicht weiter verzögert werden, schließlich kommen mit dem Ukraine-Krieg weitere Belastungen auf die Haushalte der Kommunen zu.

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung ist eine Lösung für die Altschulden zwar Thema, aber der Vertrag erhält keine konkreten Aussagen. Das Land blockiert seit Jahren und verweist immer wieder auf den Bund, obwohl klar ist, dass die Städte an der Ruhr allein die Altschulden nicht abbauen können.

Weiteres aus der 5. Sitzung der Verbandsversammlung

Gemeinsamer Antrag von Grünen und LINKE zum Stopp des Ausbaus der A 3 durch CDU und SPD verhindert

In einem gemeinsamen Antrag haben die Fraktionen Grüne und DIE LINKE den Verzicht auf den 8-spurigen Ausbau der A 3 von der südlichen Verbandsgrenze bis zum Autobahnkreuz Oberhausen gefordert. Der Bundesverkehrswegeplan soll entsprechend geändert werden. In der Rede zum Antrag betonte Wolfgang Freye, dass alle Untersuchungen zur Mobilität zeigen, dass es im Ruhrgebiet nicht an Autobahntrassen für den Transitverkehr mangelt, sondern an Konzepten zur Verlagerung der Güterverkehre von der Straße auf die Schiene und der Nahverkehr schlecht aufgestellt ist. Untersuchungen zur Mobilität zeigen, dass das Ruhrgebiet in Sachen Mobilität insbesondere an einem attraktiveren ÖPNV und der Alltagstauglichkeit des Radwegenetzes arbeiten muss. Ein weiteres Festhalten am Ausbau der A 3 ist aus der Zeit gefallen. Es muss stärker um den Erhalt der bestehenden Infrastruktur gehen, um den Schutz der Freizeit- und Erholungsbereiche wie den Ruhrbogen und dem unter Naturschutz stehenden Sterkrader Wald. Der Verband sollte hier endlich Position beziehen und gegenüber Berlin ein politisches Signal setzen. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Die CDU wiederholte zur Begründung das ewig bekannte Mantra von der Notwendigkeit des Ausbaus der Wirtschaftskorridore zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Handlungsprogramm zum Regionalplan Ruhr doch noch auf den Weg gebracht

Nach jahrelanger Diskussion hat die Verbandsversammlung nun das Handlungsprogramm zum Regionalplan beschlossen. Es war schon 2018 Teil des Beteiligungsprozesses zum Regionalplan und ist der Versuch, politische Ziele, die nicht in das enge rechtliche Korsett eines Regionalplans passen, zu formulieren und vorzugeben. Die Diskussion um das Handlungsprogramm wurde gestoppt, nachdem sich die Diskussion um den Regionalplan verzögerte.

Die im Beteiligungsprozess eingegangenen Stellungnahmen sind in die Endfassung des Programms eingeflossen, das 10 Themenfelder umfasst. Die Fraktion DIE LINKE hat der vorliegenden Fassung zugestimmt, da das Handlungsprogramm ausdrücklich als fortlaufender Prozess aufgefasst wird und den politischen Diskurs zu den wichtigen Zukunftsthemen der Region ermöglicht. Wichtige von der Fraktion eingebrachte Anregungen, wie die stärkere Ausrichtung des Themenfeldes „Wohnen“ auf die Schaffung von preiswertem Wohnraum und den öffentlich geförderten Wohnungsbau, haben Eingang gefunden. Dabei teilen auch wir nicht alle genannten Projekte, wie die Fortschreibung der Standortmarketingkampagne, die wir weiterhin strikt ablehnen.

Die Koalition von SPD und CDU war sich in den Fachausschüssen bis zuletzt nicht einig, ob sie den Weg für eine Endfassung des Handlungsprogramms zum Regionalplan Ruhr endlich freimachen wollte. In der Verbandsversammlung haben sie dann doch zugestimmt, ohne tatsächlich zu benennen, worin ihre Bedenken bestehen.

Umsetzung des Regionalen Radwegenetz zur Erhöhung der Alltagstauglichkeit der Radwege einen Schritt weiter

Bei allen Preisen, die der RVR für den Ruhrtalradweg erhalten hat, muss es jetzt vor allem darum gehen, in die Alltagstauglichkeit der Radverbindungen zu investieren, wenn der Umstieg vom Auto auf das Rad gelingen soll. Das beschlossene Umsetzungskonzept zeigt den Weg, die Priorisierung der Umsetzung einzelner neuer regionaler Radwegeverbindungen aus dem Regionale Radwegenetz auf. Gleichzeitig macht es deutlich, wo die Stellschrauben für eine schnellere Umsetzung liegen. Hier mahnte die Fraktion an, dass auch der RVR mehr leisten sollte, um die Hürden, wie die Länge der anvisierten Planungszeiträume, das Fehlen von Planern zu überwinden. Am Geld zur Finanzierung mangelt es jedenfalls aktuell nicht.

Liegenschaftskonzept des RVR – mit Änderungen ohne unsere Stimmen angenommen

Das erste Liegenschaftskonzept des RVR gibt die Leitplanken für die zukünftige Liegenschaftspolitik vor. Es beinhaltet die qualitativen als auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen zum Umgang, Erwerb und Verkauf von Flächen. Wolfgang Freye kritisierte für unsere Fraktion einen Teil der Änderungsvorschläge der Rot-Schwarzen Koalition, die den Erwerb von Flächen für Wohnbebauung, für neue Deponien, die Sicherung von Radwegeverbindungen gegenüber der Verwaltungsvorlage einschränken und selbst den Kauf von Freiflächen vor allem unter wirtschaftliche Gesichtspunkte stellen wollte – was absurd ist. Unterstützt hat die Fraktion einen Änderungsantrag, der die Prüfung von Erbpacht oder Verpachtung vor den Verkauf von Flächen durch den RVR stellt.

Die Fraktion hat in eigenen Änderungsanträge gestellt, u.a. zu den Grundsätzen für Wettbewerbsverfahren beim Verkauf von Flächen. In der Landwirtschaft sollten ausschließlich Pflanzenschutzmitteln, die für den ökologischen Landbau zugelassen sind, perspektivisch eingesetzt werden. Da diese Änderungen durch die Koalition abgelehnt wurde und die Rot-Schwarzen Änderungen die Verwaltungsvorlage zum Teil verschlechtert haben, haben wir uns in der Abstimmung zum Liegenschaftskonzept enthalten.

Charta der Vielfalt beigetreten, Öffentliche Kommunikation erneut stärker auf Barrierefreiheit und Vielfalt ausrichten

Die Fraktion hat begrüßt, dass das Thema Vielfalt im RVR mit einem Beschluss zum Beitritt zur Charta der Vielfalt mehr Gewicht erhalten soll. Fatma Karacakurtoglu verwies darauf, dass es mit der Unterzeichnung nicht getan ist, sondern jederzeit im Alltag des Verbandes gelebt werden muss. Die Charta kann genau wie die Frauenquote nur eine Hilfskrücke bei der Sensibilisierung für das Thema sein.

Dass der auf unseren Antrag hin schon 2016 beschlossene barrierefreie Auftritt des RVR im Internet und die Nutzung leichter Sprache in der Darstellung der Arbeit des Verbandes erneut einer Beschlussfassung zur Umsetzung bedurfte, zeigt, dass der Verband hier immer noch großen Nachholbedarf hat. Wir haben entsprechenden Anträgen von SPD, CDU und Grünen zugestimmt.

Pressemitteilungen

Antrag zum Austritt aus dem RVR "Falschspielerei"

25.03.2022

Antragsteller unterschlagen Leistungen des RVR für den Kreis Wesel – Rechnung unseriös

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) beruht der Antrag zum Austritt des Kreises Wesel aus dem RVR auf glatten Falschdarstellungen. In der Begründung ihres Antrages sprechen die Kreistagsfraktionen von CDU, Grünen und

FDP von jährlich 5,7 Mio. Euro an Kosten für den RVR, die der Kreis über die Kreisumlage aufzubringen hat. Sie verschweigen aber die Leistungen des RVR für den Kreis, die bei einem Austritt wegfallen würden.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Der Antrag der drei Fraktionen ist politische Schaumschlägerei mit Blick auf die Landtagswahl und in der Begründung schlichte ‚Falschspielerei‘. Denn wenn man der Verbandsumlage die Leistungen des RVR für den Kreis Wesel gegenüberstellt, kommt man schon bei einem Teil der Positionen auf einen viel höheren, für den Kreis positiven Betrag. Oder wollen die Antragsteller, dass der Kreis das Naturforum Bislicher Insel, die Xantener Südsee einfach schließt und die Waldgebiete des RVR im Kreis Wesel verrotten lässt? Der RVR darf Einrichtungen oder auch Wälder nur im Verbandsgebiet besitzen bzw. betreiben. D.h. der Kreis müsste die Einrichtungen des RVR im Kreis Wesel übernehmen, einschließlich der Waldgebiete. Das kostet und zieht erhebliche Folgekosten nach sich.“

Eine Übersicht der Verwaltung des RVR bestätigt diese Aussagen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Das Freizeitzentrum Xanten an der Xantener Südsee erhielt allein 2021 einen Gesellschafterzuschuss von 294.000 Euro, einen Corona-Sonderzuschuss von 243.000 Euro plus einen Investitionskostenzuschuss von 140.000 Euro, insgesamt also 677.000 Euro. Für die Bewirtschaftung der 3.500 ha Wald- und Haldenflächen gibt der RVR im Kreis Wesel abzüglich der Erträge jährlich ca. 380.000 Euro aus. Allein in den Erhalt des Forsthofes Üftermark in Schermbeck sind im letzten Jahr 1,1 Mio. Euro an Investitionen geflossen. In die Gestaltung des Naturforums Bislicher Insel wird der RVR in den kommenden zwei Jahren 4,9 Mio Euro investieren. Hinzu kommen Rad- und Wanderwege, die Mitfinanzierung der Internationalen Gartenausstellung 2027 und vieles mehr.

Wolfgang Freye weiter: „Es ist schon ein starkes Stück, sich über die Folgen der Entscheidung zu einem Austritt aus dem RVR überhaupt nicht zu äußern. Hinzu kommt, dass eine Mehrheit für den Austritt aus dem RVR praktisch nur mit den vier für die rechtsextremistische AfD gewählten Mitgliedern des Kreistages zustande kommen kann – und selbst das nur, wenn wenigstens eins der 23 Kreistagsmitglieder von SPD und DIE LINKE fehlt. Angesichts dieser Gemengelage könnte man doch wenigstens von den Grünen erwarten, dass sie ihre Unterstützung des Antrages zurückziehen. Das sollten sie jedenfalls dringend überlegen!“

„Gutachten zur Nachauskiesung endlich vorlegen Fraktion DIE LINKE im RVR: Landesregierung will Probleme „aussitzen“, statt sie zu lösen

28.01.2022

Die Landesregierung will offensichtlich an ihrem Kurs zur Auskiesung offensichtlich festhalten. Das sieht die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) als Ergebnis der gestrigen Aktuellen Stunde des Landtages Nordrhein-Westfalen an, in der Landeswirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) noch nicht einmal auf die Vorhaltung antwortete, dass die Landesregierung endlich ihre Stellungnahme zu den anstehenden Klagen mehrerer Kommunen aus dem Kreis Wesel gegen die vom Land vorgegebene Kies-Bedarfsberechnung vorlegen solle. Dadurch könnte sich eine Entscheidung über die Klagen verzögern.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Es ist schon hochgradig ignorant, wie die schwarz-gelbe Landesregierung mit der massiven Kritik an den Vorgaben des Landesentwicklungsplans umgeht. Anscheinend will sie auch die Klagen aussitzen und vor der Landtagswahl möglichst gar nichts mehr entscheiden. Dabei wäre die Änderung der im Landesentwicklungsplan festgeschriebenen Bedarfsberechnung der Schlüssel für eine Reduzierung der Flächen, die im Entwurf des Regionalplans des RVR für den Kiesabbau vorgesehen sind. Mehr noch, auch in dieser Debatte blieb Landeswirtschaftsminister Pinkwart die Antwort darauf schuldig, wann die Ergebnisse des Gutachtens der Landesplanungsbehörde ‚Nachauskiesung von alten Gewinnungsstätten im Kreis Wesel‘ vorliegen wird. Mit diesem Gutachten, welches die Landesregierung selbst schon 2019 in die Diskussion gebracht hat, sollte ermittelt werden, ob vorhandene Abgrabungen besser ausgeschöpft werden können. Das wäre eine weitere Stellschraube, um gegebenenfalls die Berechnungen des RVR zur Absicherung des Versorgungszeitraums nach unten zu korrigieren. Solch eine Verzögerungstaktik ist nicht hinnehmbar und macht deutlich, dass es in erster Linie darum geht, die Interessen der Kiesindustrie zu bedienen, die mit der gegenwärtigen Situation gute Gewinne macht.“

DIE LINKE im RVR wird in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses des RVR den aktuellen Stand der Diskussion erneut thematisieren. Sie wird auch nachfragen, wie Landeswirtschaftsminister Pinkwart zu der Aussage kommt, die aktuell ausgewiesenen Flächen im Regionalplanentwurf würden einen Versorgungszeitraum von 27 Jahren umfassen. Der Regionalplan selbst geht von 25 Jahren aus.

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an dielinke@rvr-online.de.

Impressum: DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: dielinke@rvr.ruhr – Internet: www.dielinke-rvr.de